



# Flucht und Asyl

## Themenpapiere der Fraktion

Menschen in existenzieller Not brauchen Hilfe. Ihnen Hilfe zu leisten, ist ein humanitäres Gebot. Die Grenzen auf für Menschen in Not! Wer ihnen Hilfe verweigert, verstößt gegen das Menschenrecht auf Asyl.

Wer aus politischen Gründen verfolgt wird, wer um seine körperliche Unversehrtheit oder gar um sein Leben fürchten muss und sich auf der Flucht befindet, darf nicht abgewiesen werden. Deshalb wurde im Grundgesetz, auch als eine Lehre aus der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands, das Grundrecht auf politisches Asyl geschaffen.

Durch den Asylkompromiss aus dem Jahre 1992 wurde dieses Grundrecht seiner Substanz beraubt. Das wollen wir ändern. Auch die Verschärfungen des Asylrechts seit 2015 lehnen wir ab. Wir fordern Integrationsmaßnahmen für alle Geflüchteten und sind gegen die Unterscheidung von Asylsuchenden nach angeblicher „Bleibeperspektive“. Die Politik der Abschreckung muss beendet werden. Viele Geflüchtete unterstehen dem diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetz (Wohnheimunterbringung, Sachleistungen), dürfen nicht selbst durch Erwerbsarbeit für ihren

Lebensunterhalt sorgen (Arbeitsverbot) und sich nicht außerhalb des zugewiesenen Wohnortes bewegen (Residenzpflicht).

Wer nach einem zermürbenden Anerkennungsverfahren politisches Asyl erhält, dem droht ein Asyl-Widerrufsverfahren, wenn die Behörden der Ansicht sind, die Lage im Herkunftsland habe sich geändert. Auch abgelehnten Asylsuchenden und Geduldeten muss nach längerem Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht gewährt werden.

Die Grenzen der EU werden zu Hochsicherheitsgrenzen gegen Flüchtlinge ausgebaut. Zehntausende Menschen sind bereits an den Außengrenzen der EU gestorben, insbesondere im Mittelmeer. Schutzsuchende sollen in angeblich sichere Drittstaaten außerhalb der EU zurückgewiesen werden. Wir kämpfen jedoch für sichere und legale Einreisewege für Flüchtlinge.

Frauen erleben oft besonders schwere Menschenrechtsverletzungen. Sie begeben sich auf die Flucht aus unterschiedlichsten Gründen. Frauen fliehen häufig vor Krieg und Vertreibung, vor Hunger, vor Armut, vor Folter und Umweltkatastrophen. Frauen fliehen aber auch, weil sie Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind und sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt ihnen ein Leben in ihren Heimatländern unmöglich macht.

Im Zufluchtsland angekommen, werden geflüchtete Frauen mit unsicheren Unterkunftsmöglichkeiten und unzureichender medizinischer Versorgung konfrontiert. Dazu kommen langwierige Asylverfahren und fehlende Präventions- und Interventionskonzepte bei Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen.

Die Fraktion DIE LINKE tritt für eine humane Asylpolitik ein.

**Die Fraktion DIE LINKE fordert:**

- das Asylrecht im Grundgesetz substantiell wiederherstellen; die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt gelten lassen und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umsetzen;
- Kettenduldungen beenden; länger hier lebenden Menschen - unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status - ein gesichertes Bleiberecht gewähren;
- geschlechtsspezifische Fluchtursachen als Asylgrund auch in der Praxis umfassend anerkennen: Frauen, die in ihrem Herkunftsland von geschlechtsspezifischer Gewalt - wie zum Beispiel weiblicher Genitalverstümmelung - bedroht sind, vor Abschiebung schützen; umfassenden Schutz für Menschen gewähren, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden;
- Wirksamer Schutz bei Flucht vor bürgerkriegsähnlichen, nichtstaatlichen Auseinandersetzungen, vor Milizen und Warlords;
- Asylgewährung nicht widerrufen: anerkannte Flüchtlinge als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger behandeln;
- benachteiligende Regelungen und Gesetze aufheben: Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht und Arbeitsverbote abschaffen; Zugang zu Integrationsmaßnahmen für alle

Asylsuchenden sicherstellen;

- für hunderttausende „Illegale“ elementare Menschenrechte wie Schulbildung und die Behandlung von Erkrankungen sichern; behördliche Meldepflichten aussetzen; Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen;
- Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen beenden; Sammellager abschaffen;
- auf europäischer Ebene eine menschenrechtlich fundierte Asylpolitik durchsetzen: die Grenzschutzagentur FRONTEX abschaffen; die gewaltsame Verschiebung von Flüchtlingen innerhalb der EU nach dem ungerechten Zuständigkeitsprinzip (Dublin-Verordnung) beenden, faire Asylverfahren sichern.

**Weiterführende Informationen zum Thema wie  
Parlamentarische Initiativen, Reden,  
Publikationen oder Pressemitteilungen finden  
Sie über unsere Suche.**